

BVMedNews № 12/11

28. März 2011; Empfänger: 8.300

Seminar Online-Kommunikation

Berlin. Wie eine professionelle Online-Strategie entwickelt und umgesetzt wird, zeigt das MedInform-Seminar „Online-Kommunikation in der MedTech-Branche“ am 12. April 2011 in Berlin. In dem Seminar werden die Kriterien einer ganzheitlichen Online-Strategie und der Einsatz der Online-Kommunikation in der Medienarbeit erarbeitet. Das Seminar ist auf die Bedürfnisse der Unternehmen der Medizintechnologie zugeschnitten. Programm und Anmeldung unter: www.bvmed.de (Veranstaltungen).

Initiative Grauer Star

Berlin. Eine neue Patienten-Informationskampagne soll die Bevölkerung über die Ursache und moderne Behandlungsmöglichkeiten des Grauen Stars aufklären. Ziel der vom BVMed initiierten „Initiative Grauer Star – Qualität persönlich sehen“ ist es auch, Patienten und Augenärzte über das Spektrum moderner Premium-Intraokularlinsen (IOL) mit Zusatzfunktionen aufzuklären. Das Informationsmaterial umfasst eine Patienten-Infobroschüre, einen Patienten-Fragebogen, Materialien für das Wartezimmer sowie den Internetauftritt: www.initiative-grauer-star.de.

Hilfsmittelausgaben stabil

Berlin. Die Hilfsmittelausgaben der gesetzlichen Krankenkassen sind in 2010 um rund 1 Prozent gestiegen. Das hat das Gesundheitsministerium bekannt gegeben. Im Vergleich zum Gesamtzuwachs der Ausgaben in der Gesetzlichen Krankenversicherung (GKV) entwickelten sich die Hilfsmittelausgaben unterdurchschnittlich. In den Gesamtausgaben machen die Hilfsmittel gerade einmal 3,6 Prozent aus. www.bmg.bund.de (Presse).

DKG-Papier zum G-BA

Berlin. Die Deutsche Krankenhausgesellschaft (DKG) hat ein Positionspapier mit Vorschlägen zur Restrukturierung des Gemeinsamen Bundesausschusses erarbeitet. In diesem fordert die DKG die Rückkehr zu sektorenbezogenen Gremien, wie sie bis Anfang 2008 bereits existierten sowie eine Änderung des Abstimmungsmodus. Mindestens zwei weitere unabhängige Mitglieder sollten bei Auseinandersetzungen künftig mitbestimmen, so die DKG.

BVMed-Umfrage: zu wenig Dekubitusprophylaxe

Berlin. In Deutschland gibt es aus Sicht der Pflegedienste eine Unterversorgung von Risikopatienten mit Hilfsmitteln zur Vermeidung von Druckgeschwüren, der so genannten Dekubitus-Prophylaxe. Das ist ein Ergebnis einer Online-Umfrage des Dekubitus-Forums des BVMed an der sich rund 750 ambulant und stationär tätige Pflegekräfte beteiligt haben.

Nach den Umfrageergebnissen besteht bei rund einem Drittel der vom Pflegedienst betreuten Menschen ein erhöhtes Dekubitus-Risiko. Antidekubitus-systeme wie ein Spezialbett oder spezielle Auflagen kommen aber nur bei knapp 40 Prozent dieser Risikopatienten tatsächlich zum Einsatz, obwohl die Patienten nach dem Sozialgesetzbuch und dem Hilfsmittelverzeichnis Anspruch auf ein Hilfsmittel haben, wenn ein Dekubitus-Risiko vorhanden ist.

„Ärzte, Pflegende, Patienten und Angehörige sind gemeinsam aufgefordert, diese Situation zu verbessern. Medizinisch und volkswirtschaftlich ist es sinnvoll und notwendig, ein offenes Druckgeschwür im Vorfeld durch geeignete Hilfsmittel zu vermeiden, statt es hinterher aufwändig und kostenintensiv zu therapieren“, so BVMed-Geschäftsführer und Vorstandsmitglied **Joachim M. Schmitt**.

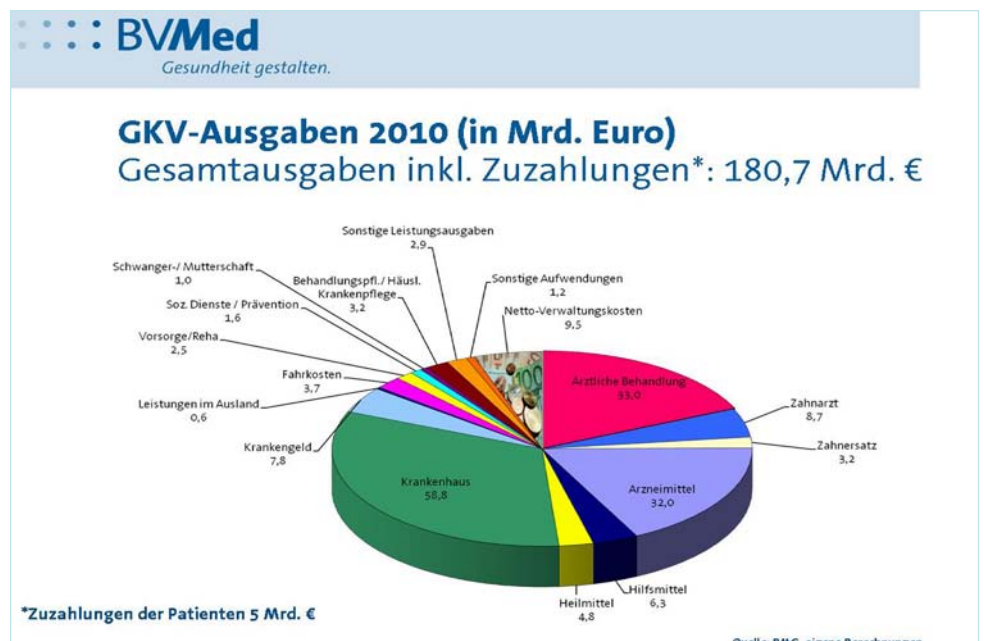
Die Pflegedienste hätten hier die besondere Aufgabe, die Patienten zu unterstützen und bei einem vorhandenen Risiko den Anspruch der Patienten auf die Hilfsmittelversorgung beratend durchzusetzen. Aber auch die Patienten und Angehörigen müssten besser informiert sein und „Gesundheitsmanager“ in eigener Sache werden, um ihre Ansprüche gegenüber den Krankenkassen durchzusetzen. Mehr Infos unter: www.bvmed.de (Presse).

Mehr Zusammenarbeit bei klinischen Prüfungen

Berlin/Bonn. Ein Jahr nach dem Inkrafttreten des neuen Medizinprodukterechts zur Durchführung klinischer Prüfungen und Leistungsbewertungsprüfungen mit Medizinprodukten gibt es in der Praxis noch immer ungeklärte Fragen. Das zeigte die MedInform-Konferenz „Klinische Prüfung von Medizinprodukten und Medizinprodukte-Sicherheitsbeauftragter“ am 17. März 2011 in Bonn.

Beim Bundesinstitut für Arzneimittel und Medizinprodukte (BfArM) sind in den zwölf Monaten seit Inkrafttreten der Genehmigungspflicht knapp 250 Anträge auf klinische Prüfungen eingereicht worden, davon knapp 150 Anträge auf Genehmigung und

rund 100 Anträge auf Ausnahmen von der Genehmigung. Die Verfahren könnten beschleunigt werden, wenn besser auf die Vollständigkeit der Unterlagen geachtet würde, sagte **Dr. Ekkehard Stößlein** vom BfArM. Zu den formalen Mängeln gehören der fehlende oder unvollständige Nachweis der sicherheitstechnischen Unbedenklichkeit oder der Risikoanalyse. Das BfArM hat die Aufgabe, nach wissenschaftlichen und technischen Gesichtspunkten zu prüfen. Die Ethik-Kommissionen, die ebenfalls genehmigen müssen, prüfen ethische und rechtliche Aspekte. Verfahrensabläufe sollten weiter verbessert werden. Mehr: www.bvmed.de (Presse).



Die Ausgaben der Gesetzlichen Krankenversicherung betragen 2010 rund 180 Milliarden Euro. Die

gesetzlichen Zuzahlungen der Versicherten werden seit dem Regierungswechsel dazugezählt.